

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Böhm

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Florian Siekmann

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Florian Köhler

Abg. Markus Rinderspacher

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)

Voraussetzungen zur Reaktivierung der Wehrpflicht schaffen - Deutschland muss wieder verteidigungsfähig werden (Drs. 19/2097)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Martin Böhm. Sie haben das Wort. Bitte.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst letzte Woche war unser Europaausschuss im Baltikum unterwegs. Wir durften dort erkennen: Finnland, Estland und Litauen spielen nicht nur im Bereich der Bildungspolitik in einer anderen Liga, als Deutschland das derzeit tut. In Finnland lebt seit dem Winterkrieg mit den Sozialistischen Sowjetrepubliken bis heute das Konzept der totalen Verteidigung. Zivilschutz und gesamtgesellschaftliche Verteidigungsbereitschaft gehen dort Hand in Hand. Schutzräume gibt es für 85 % der finnischen Bevölkerung, in Deutschland für 0,56 %. Ein Volk von 5,5 Millionen Einwohnern kann kurzfristig 280.000 Reservisten mobilisieren. So ist das, wenn man jährlich 25.000 Wehrpflichtige ausbildet.

Deutschland verfügt über etwa 34.000 aktive Reservisten. Von der theoretischen Möglichkeit, in einem Verteidigungsfall – Gott bewahre! – wehrfähige, aber mittlerweile fast nur noch ungediente Männer aktivieren zu können, will ich gar nicht reden. Seit 2011 haben wir durch die leichtsinnige Entscheidung des damaligen Verteidigungsministers von der CSU mehr als eine halbe Generation an Wehrpflichtigen verloren.

In der "Welt" wurde am Samstag ein bisher unveröffentlichter NATO-Plan lanciert. Dieser Plan bezieht sich auf den aus NATO-Sicht notwendigen Truppenaufwuchs. Ich möchte ganz ausdrücklich festhalten: Die Begründung dazu ist nicht die Sichtweise meiner Fraktion. Auf Deutschland heruntergebrochen ergibt sich die Notwendigkeit der Aufstellung von etwa fünf bis sechs weiteren Kampftruppenbrigaden. Zum besseren Verständnis erläutere ich: Derzeit verfügt die Bundeswehr über acht Brigaden. Eine neunte Brigade ist gerade im Aufbau, und zwar die in Litauen, bei der man heute schon nicht weiß, wo Mann, Maus und Material überhaupt herkommen sollen, so ganz ohne Wehrpflicht. Zur Erinnerung für die Jüngeren unter euch: Die Bundeswehr hatte 1990 3 Korps, 12 Divisionen und 36 Brigaden. Am 3. Oktober 1990 kamen etwa 90.000 Kameraden der Nationalen Volksarmee hinzu. Bei welcher Personalstärke steht die Truppe heute?

Eine weitere Facette ist die Notwendigkeit, ganze Truppengattungen neu aufzustellen. Ein dramatisches Beispiel ist die Heeresflugabwehr. Für die Ungedienten unter euch: Die Heeresflugabwehr sind im Wesentlichen einige Hundert Gepard-Panzer aus feinstem KMW-Metall gewesen. Die wenigen, nicht verschrotteten Veteranen dieser Modelle werden heute in der Ukraine als effektive Systeme angepriesen, zwingend notwendig im Kampf der verbundenen Waffen; aber hier wurden sie von ungedienten Ministeriellen weggespart. Jetzt schafft man mit dem Skyranger Ersatz. Stolze 19 Exemplare wird es geben – bis zum Jahr 2028. Eile hat Weile. Mit dem von der NATO angedachten Aufwuchs wären vier oder fünf Heeresflugabwehr-Regimenter notwendig. Das sind 160 bis 200 Skyranger. Habe ich gerade von 19 gesprochen?

Wo sind ganz ohne Wehrpflicht die Jungs, die sich nach der Grundausbildung für weitere vier bis acht Jahre verpflichten, diejenigen, die solche komplexen Systeme dann auch sicher bedienen können? Unabhängig von der NATO-Doktrin sehen wir seit Jahrhunderten ein Kommen und Gehen von Hegemonialmächten. Gerade deswegen – und hier schließt sich der Kreis zu Finnland – ist es so wichtig, unserem Land die eige-

ne Fähigkeit zu einer umfassenden Wehrhaftigkeit im Sinne einer Totalverteidigung zurückzugeben.

(Beifall bei der AfD)

Diese Total Defence umfasst die engstmögliche Verzahnung von militärischen und zivilgesellschaftlichen Verteidigungsmaßnahmen. Das gelingt mit der Wiedereinsetzung der Wehrpflicht am besten. Dienst kann an der Waffe, aber auch im Katastrophenschutz oder in der Sozialarbeit geleistet werden. Es gilt darum, vielseitig zur Verteidigung bereit zu sein, und zwar mit Heimatliebe anstelle von Beliebigkeit. Das gilt für Mädchen, für Jungen, für alle. Das ist das Ziel. Das ist die Intention unseres Antrags. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, unserer Jugend die Liebe zum eigenen Land und die Treue zum eigenen Staatsvolk zurückzugeben, und zwar mit der Wehrpflicht.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ganz ehrlich muss ich sagen: Dieser Antrag der AfD ist oberflächlich, von einer falschen Motivation getragen, nicht glaubwürdig, völlig überflüssig, weil überholt, und ganz ehrlich wurde das Ganze inhaltlich auch schon ausreichend im Ausschuss behandelt. Wer von einer "leichtsinnigen Entscheidung" bei der Aussetzung der Wehrpflicht redet, dem muss ich einfach sagen: Das ist pures Kalkül, was Sie von sich geben. Schließlich muss man auch sagen: Damals, 1990, was Sie erwähnt haben, gab es andere Realitäten. Diese Dinge blenden Sie aber einfach aus.

(Zuruf von der AfD)

Das, was Sie hier regelmäßig wiederholen, ist falsche Effekthascherei. Ihre Masche ist durchschaut. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir gehen Ihnen nicht auf den Leim.

(Beifall bei der CSU)

Durch Ihre Rede fühle ich mich in meiner Einschätzung voll und ganz bestätigt; denn Sie haben eigentlich von allem geredet, nur nicht von dem Antrag, den Sie hier eingebracht haben. Na klar, fünf Minuten Redezeit muss man irgendwie füllen, wenn man nicht weiß, wie man diesen Antrag inhaltlich am besten begründen soll. Letztendlich haben Sie sich bei Ihrem Antrag, den Sie eingebracht haben, von unserem Gesetz zur Förderung der Bundeswehr leiten lassen. Vielleicht haben Sie sich auch von dem Antrag, den wir zum Parteitag am Wochenende stellen, leiten lassen. Vielleicht haben Sie sogar von ihm abgeschrieben.

(Lachen bei der AfD)

Okay, ich lasse das mal weg, dass Sie abschreiben. Auf jeden Fall haben Sie sich von vielen Initiativen von uns leiten lassen, weil wir für Verteidigung und Freiheit und Sicherheit in diesem Land stehen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

"Sicherheit stärken und Freiheit verteidigen" ist unser Credo, wofür wir von der CSU ganz klar stehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich rede auf jeden Fall über Ihren Antrag. Worüber Sie gesprochen haben, weiß ich nicht. Ihr Antrag ist überflüssig.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Wie gesagt: Er ist auch überholt, weil der Bundesverteidigungsminister am 1. Oktober 2024 seinen Referentenentwurf zur Einführung eines neuen Wehrdienstes ins Bundeskabinett eingebracht hat. Das heißt, die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird politisch längst angegangen, auch wenn ich sagen muss, dass es eher eine "Wehrpflicht light" oder vielleicht ein aufgehübschter Freiwilligendienst ist. Aber das ist eine andere Debatte, die woanders geführt werden muss. Damit sehen wir, wo dieses Thema eigentlich verortet ist, nämlich beim Bund in Berlin und nicht im Bayerischen Landtag. Bei uns geht es um Bayern und nicht um Berlin, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deswegen lassen wir uns auch nicht von der AfD täuschen; denn Hauptmotivation für Sie und diesen Antrag ist und war eine – wohlgemerkt – "Forsa-Umfrage". In dem Antrag steht kein Wort von einer Bedrohungslage, kein Wort oder Bezug zu einem anderen Land, das vielleicht auch die Wehrpflicht wieder einführen würde. Es wird kein Bezug genommen auf die Zeitenwende. Stattdessen eine Umfrage, nach der die Mehrheit für eine Reaktivierung der Wehrpflicht ist. Ich verstehe natürlich das Motto. Als Populisten müssen Sie natürlich bei diesem Ergebnis so tun, als würden Sie bei dem Thema aufspringen. Wahrscheinlich machen Sie es bei jedem anderen Thema auch so.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Ich sage Ihnen aber auch: Schön, dass Sie bei dem Thema auf den Zug aufspringen; aber wir brauchen Sie nicht als Zugbegleiter.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Striedl (AfD) – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Na, na! – Zurufe der Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) und Ferdinand Mang (AfD))

Wir als CSU gehen bei diesem Thema schon lange voran, und zwar nicht nur mit unserem Gesetz zur Förderung der Bundeswehr, und tun letztendlich im Freistaat Bayern alles zur Unterstützung der Bundeswehr in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir gehen auch an anderer Stelle voran; denn auch wir haben eine Resolution für ein allgemeines und verpflichtendes Dienstjahr ins Leben gerufen, wo wir letztendlich sagen, dass die Wehrpflicht ein Zwischenschritt wäre, um dieses Thema anzugehen; denn wir geben den Kurs vor. Wir unterstützen die Bundeswehr, wo wir können. Wir wollen einen gesellschaftlichen Aufbruch und ein solidarisches Miteinander in diesem Land.

(Beifall bei der CSU)

Ehrlich gesagt habe ich mich bei dem Antrag der AfD auch etwas gewundert; denn auf der einen Seite sprechen Sie – zumindest in den sozialen Medien und wahrscheinlich sonst auch – immer von "Kriegstreiberei", wollen raus aus der NATO und sind Russland-Versteher, wollen Waffenlieferungen stoppen, fahren zu russischen Wahlen als Wahlstatisten; aber jetzt hier, ausgerechnet hier, wollen Sie die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stärken. Ich frage mich schon, was eigentlich die Chefstrategen im Kreml sagen bei den Widersprüchen, die Sie da von sich geben. Denn eine Wehrpflicht brauche ich am Ende des Tages eigentlich nur dann, wenn ich eine Bedrohungslage habe und letztendlich Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in diesem Land gegen äußere Bedrohungen verteidigen muss, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Dieser Antrag ist unglaublich, für mich auf jeden Fall fragwürdig und nicht plausibel. Darum lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist der Kollege Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In einer Sache bin ich mir mit dem Herrn Fackler sehr einig: Sie haben über vieles geredet, sicherlich aber nicht über den Antrag, den Sie uns hier vorgelegt haben. Sie wollen die heutigen Probleme der Bundeswehr vor allem damit lösen, dass Sie eine Wehrbürokratie aus dem letzten Jahrtausend restaurieren wollen. Das wird nicht funktionieren, und das bringt auch nichts.

Was braucht eine moderne Bundeswehr? – Sie braucht eine moderne Personalgewinnung. Das heißt – das wurde vom Bundesverteidigungsminister vorgeschlagen –, wir brauchen eine elektronische Erfassung von Motivation und von Eignung. Wir müssen auf die Motivation Wert legen. Wir kämpfen gerade mit einer Abbruchquote von 27 % in den ersten sechs Monaten im Wehrdienst. Das sollte unser Problem sein: Wir brauchen eine Bundeswehr, die attraktiv für junge Menschen ist, eine Bundeswehr, in der junge Menschen bereit sind, Dienst zu leisten, und den dort auch langfristig zu leisten.

(Beifall der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Es hilft uns viel mehr, wenn wir die Motivierten und Geeigneten am Ende dann dazu bekommen, in die Bundeswehr zu gehen, und wenn wir die auch gezielt ansprechen, um sich zu mustern, statt jetzt eine Wehrbürokratie aufzubauen. Sie klagen selber über zu viele Menschen in der Wehrverwaltung. Statt also jetzt eine neue Wehrbürokratie aufzubauen, geht es darum, erst einmal die zu gewinnen, die wirklich motiviert und geeignet sind, und die zu einer Musterung einzuberufen. Damit schaffen wir es auch, zum Beginn 5.000 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten im Jahr auszubilden, und das auch mit Rücksichtnahme auf das Stammpersonal, das wir in den Kasernen haben. Auch das müssen wir in den Blick nehmen. Die müssen das Ganze am Ende

tatsächlich auch leisten können. Ich war selber in der ersten Jahreshälfte beim Luftwaffenausbildungsbataillon in Roth. Die leisten Gutes; aber auch die müssen die Aufgabe am Ende meistern können, tatsächlich mehr Personal langfristig für die Bundeswehr gewinnen zu können.

Herr Fackler, in einem Punkt sind wir, glaube ich, nicht unbedingt der gleichen Meinung, nämlich darin, dass durchaus auch die CSU und die CDU für den Zustand der Bundeswehr, wie sie jetzt gerade ist, ganz schön Verantwortung zu übernehmen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm für die AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Siekmann, Sie können es nicht besser wissen. Sie haben nicht gedient. Das ist schon einmal der Grundtenor.

Ich will Ihnen eines erzählen. Zu der Zeit, als ich gedient habe, da lief das so: In der Grundausbildung hat man gesagt: Oh Gott, wo bin ich hingekommen? – In der Stammeinheit haben dann die ersten nach vier Wochen gesagt: Mensch, ich lege auf 48 Monate auf, ich werde Unteroffizier. – Dann hat es welche gegeben, die haben gesagt: Ich mache acht Jahre, ich werde Hauptfeldwebel. – Genau das ist das, was eben nur aus einer Wehrpflicht heraus passieren kann. Da haben nicht Leute, die aufgelegt haben, dann vier Wochen später wieder gekündigt.

Heute habe ich die Situation, dass diejenigen, die sich freiwillig melden, die Bundeswehr als Arbeitgeber sehen, aber keinerlei Empathie dabei empfinden. Wir haben eine Abbrecherquote zwischen 50 und 60 %. Genau das ist der Punkt, warum die Wehrpflicht für das langsame Heranführen junger Menschen an die Bundeswehr als Bürger in Uniform so gut und so wichtig für unsere Gesellschaft war.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Vielleicht ist es in meiner Rede nicht deutlich genug herübergekommen, Kolleginnen und Kollegen: Ich möchte eine Armee, die so gut ist, dass junge Menschen so bereit sind, darin Dienst zu leisten, dass sie das tun, ohne dass ich sie dazu zwingen muss.

(Christoph Maier (AfD): Sie können auch niemanden zwingen!)

Ich glaube, das muss unser Ziel sein. Sie haben Finnland gelobt. Die Frage ist: Wie schafft man es, ein Land wirklich verteidigungsfähig zu machen? – Die leben davon, dass eine Bereitschaft da ist, die man gar nicht mit einer Pflicht erzwingen muss,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

und dann habe ich tatsächlich am Ende eine Bundeswehr, auf die ich mich jederzeit verlassen kann. Deswegen – Sie sagen es selber: Sie leben von der Erinnerung an vergangene Zeiten, und aus der Erinnerung an vergangene Zeiten werden wir nicht die Verteidigungsbereitschaft der Zukunft aufbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Böhm, Sie haben über vieles geredet, durchaus kenntnisreich, aber nicht über den Antrag, den Sie hier verteidigen.

(Zuruf von der AfD)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin schon erstaunt, dass dieser Antrag in Ihrer Fraktion eine Mehrheit gefunden hat;

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

denn: Gegen wen wollen Sie sich denn verteidigen? – Ihr Verbündeter sitzt doch in Moskau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie und Ihre Schwester Sahra Wagenknecht

(Allgemeine Heiterkeit)

sagen doch allen Ernstes, dass die Bedrohung aus den Vereinigten Staaten kommt. Hier, an diesem Rednerpult hat eine Kollegin Ihrer Fraktion etwa behauptet, wir würden nach wie vor unter amerikanischer Besatzung leben, und dann kommt diese Fraktion daher und sagt: Wir müssen Deutschland verteidigungsfähig machen. – Ja, gegen die Amis, oder – – Ich verstehe es nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, Chamäleon kann man schon mal machen, aber das ist eine Wandlung, die in der Tat bemerkenswert ist. Daher ist schon die Frage, ob man diesen Antrag überhaupt ernst nehmen kann.

Definitiv nicht ernst nehmen kann man das, was Sie fordern. Sie fordern nämlich die Staatsregierung auf, nicht nur im Bund, sondern auch in Bayern die Voraussetzungen für die Einführung der Wehrpflicht zu schaffen. Ich bin gespannt, was Bayern hierzu beitragen kann. Vielleicht wollen Sie eine bayerische Armee aufstellen. Das weiß ich nicht; aber das ist schon das Erste.

Das Zweite ist: In Ihrem letzten Absatz schreiben Sie ernsthaft, dass die Staatsregierung sich dafür einsetzen soll, dass jetzt "Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung für die künftigen Wehrpflichtigen" beschafft werden sollen. Ich bin wirklich kein Freund dieser populistischen Forderungen,

(Zuruf von der AfD)

die da eine Strafbarkeit der Haushaltsuntreue fordern; aber das wäre in der Tat ein Fall, bei dem man darüber nachdenken müsste. Sie wollen also jetzt Waffen und Ausrüstung für Menschen beschaffen, die es noch gar nicht gibt, weil die Wehrpflicht nicht wieder

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

reaktiviert worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erst denken, dann schreiben, dann einreichen. Das wäre vielleicht sinnvoll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jetzt komme ich zu der Frage: Brauchen wir eine Wehrpflicht? Ja oder Nein?

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Ja!)

Herr Kollege Siekmann, da, meine ich, sind Sie schon ein bisschen in einer Traumwelt unterwegs. Ich sage Ihnen jetzt einmal Zahlen. Wir benötigen mittelfristig knapp 500.000 Soldaten inklusive Reserve, 200.000 aktive Soldaten plus 300.000 Reserve. Das schaffen Sie nicht durch Appelle oder durch irgendwelche Vergünstigungen, sondern dazu braucht es tatsächlich eine Pflicht. Unsere Fraktion kämpft seit nunmehr zwölf Jahren dafür, dass wir ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr ohne eine dezidierte Wehrpflicht einführen, sondern mit einer Wehrpflicht als Alternative neben sozialen Diensten in der Altenpflege und in der Gesundheit.

Herr Kollege Fackler, ideologisch sind wir doch mit der CSU-Fraktion einer Meinung; aber wenn man einen Karl-Theodor zu Guttenberg abzarbeiten hat, der die Wehrpflicht ausgesetzt hat,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Warum?)

wenn seitens der CDU/CSU jahrzehntelang

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Warum?)

das Verteidigungsministerium besetzt war, dann wäre ein bisschen mehr Demut angebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es – er ist jetzt leider nicht hier im Raum –: Wenn wir Menschen von der Qualität eines Florian Herrmann oder auch Joachim Herrmann an diesen Positionen gehabt hätten, dann, glaube ich, wäre es mit der Bundeswehr nie so weit gekommen. Die Ehrlichkeit sollte man schon haben und nicht sagen: Wir sind diejenigen, die hier vorangehen. – Wir werden das gemeinsam machen. Da sollten wir an dieser Stelle – ich habe es beim letzten Mal schon getan – so ehrlich sein zu sagen, dass die ganz überwiegende Mehrheit in der SPD über all die Jahre selbstverständlich zur Bundeswehr, zur NATO und zur Verteidigung gestanden hat. Ich lasse jetzt mal Ehmke und Eppler außen vor. Aber die Mehrheit der SPD stand ebenfalls dahinter. Die GRÜNEN haben sich hier einer kurzfristigen Wandlung unterworfen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich sage das übrigens nicht mit Häme, liebe Kollegen. Ich sage das mit Anerkennung; denn um einen falschen Weg zu ändern, muss man auch eine gewisse Größe aufbringen.

Wir sollten uns jetzt darauf konzentrieren, eine gesellschaftliche Diskussion zu führen. Keine "Wehrpflicht light", wie Pistorius sie will, wir sollten vielmehr zu einer kraftvollen Lösung mit einem verpflichtenden Gesellschaftsjahr kommen. Da werden wir eine Änderung des Grundgesetzes brauchen; denn dafür wollen wir nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen haben, und dafür wollen wir nicht nur Deutsche, sondern auch die Menschen mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht haben. Darauf werden wir uns konzentrieren und derartig irrlichternde Anträge wie die der AfD selbstverständlich ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Florian Köhler, AfD-Fraktion, das Wort.

Florian Köhler (AfD): Herr Pohl, Sie haben Sahra Wagenknecht bzw. das Bündnis Sahra Wagenknecht als unsere Schwester bezeichnet. Da muss ich schon voranstellen: Im Gegensatz zu den FREIEN WÄHLERN und zur CSU schreiben wir uns nicht mit Sozialisten auf Anträge in diesem Haus. Das ist das Erste. Wir wählen auch keine Sozialisten in höchste Ämter hier im Landtag. Das ist das Zweite.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Punkt. Ich komme nicht darauf, Sie können mir da sicherlich weiterhelfen: Ist es nicht die Schwesterpartei der CSU, die mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht in anderen Bundesländern Koalitionsverhandlungen führt? – Helfen Sie mir mal bitte.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Fangen wir mal mit den höchsten Staatsämtern an. Das heißt, Sie gehen davon aus, dass es hier eine sozialistische Internationale, bestehend aus Ilse Aigner, Alexander Hold und Markus Rinderspacher, gibt?

(Zuruf von der AfD: Genau so!)

Das ist einigermaßen absurd.

Zweiter Punkt: Die FREIEN WÄHLER führen in Thüringen und Sachsen keine Koalitionsverhandlungen.

(Zuruf von der AfD: Warum nicht?)

Dritter Punkt: Dass Sie ideologisch mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht, was Putin und die Ukraine anbetrifft, auf einer Linie stehen, ist klar, und wie viel Sozialismus in Ihrer Fraktion ist, wäre an anderer Stelle noch zu klären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Kollege Vizepräsident Markus Rinderspacher. Bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Russland ist eine Gefahr für die europäische Sicherheitsarchitektur, und Wladimir Putins Russische Föderation ist auch eine Gefahr für unser Land. Russland gibt in diesem Jahr 110 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt aus plus weitere 34 Milliarden Euro für die nationale Sicherheit und Sicherheitsorgane. Das sind 40 % des gesamten Staatshaushalts. Das sind 8 % des Bruttoinlandsprodukts. Man nennt es Kriegswirtschaft.

Deshalb ist es richtig, dass wir im Baltikum insbesondere Stimmen begegnet sind, die gesagt haben: Wir haben Angst. – Wir sind sehr dankbar, dass Deutschland als erstes und als einziges NATO-Land eine Brigade an der NATO-Ostflanke aufstellt, um unseren eigenen Beitrag zu leisten, Demokratie und Freiheit auf europäischem Boden zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Klar ist auch, dass wir alles tun müssen, um zur Abschreckung fähig zu sein. Wir müssen verteidigungsbereit sein, damit die Botschaft immer klar ist: Denkt gar nicht darüber nach, wenn ihr morgens aufwacht; es ist der falsche Tag, und auch der darauffolgende Tag wird der falsche sein. Greift uns nicht an.

Dazu müssen wir gut ausgerüstet sein. Wir brauchen auch mehr Personal als jetzt. Wir haben im Moment 181.000 Personen in den Streitkräften, es sollen über 200.000

werden. Ich bin da etwas anderer Meinung als Herr Kollege Pohl und denke, dass wir nicht mehr so viele Soldaten brauchen wie noch in der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf: In der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland?)

– Vor 1990. – Sie dürfen nicht vergessen, seitdem sind 16 neue NATO-Länder dazugekommen, unter anderem Polen und Tschechien, zuletzt Finnland und Schweden. Die Sicherheitssituation ist eine fundamental andere. Auch Militär wird heute arbeitsteilig gedacht. Deswegen brauchen wir perspektivisch weder die 500.000, die Sie gerade genannt haben, noch brauchen wir sie von heute auf morgen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein, nein, das habe ich nicht gesagt!)

Wir brauchen etwas über 200.000 bis zum Jahr 2031. So hat es auch der Bundesverteidigungsminister vorgegeben. Wir brauchen erst recht nicht 33 neue Garnisonen.

Herr Abgeordneter Böhm, Sie sprachen hier von der totalen Verteidigung. Ich bin ganz dankbar, dass Sie hier wenigstens nicht Ihre nächtlichen Dokumentationsfantasien vom totalen Krieg wiedergegeben haben. Deshalb ist – ganz im Ernst – die Planung des Bundesverteidigungsministeriums im Moment völlig in Ordnung so.

(Unruhe bei der AfD)

Wir brauchen definitiv keinen verpflichtenden Wehrdienst. Es ist völlig in Ordnung, einen freiwilligen Wehrdienst so aufzusatteln, wie es Herr Kollege Siekmann bereits beschrieben hat. Junge Leute ab 18 Jahren werden aufgefordert, einen Fragenkatalog zu beantworten zu körperlicher Fitness, Motivation. Bei den Männern ist es obligatorisch, bei den Frauen ist es freiwillig. Wahrscheinlich werden sich viele junge Leute zum ersten Mal wieder mit der Bundeswehr auseinandersetzen, nachdem junge Menschen 13 Jahre lang nicht damit konfrontiert waren. Es gibt ein digitales Informationsangebot. Vor dem Hintergrund soll ermöglicht werden, dass bereits im ersten Jahr 5.000 Soldatinnen und Soldaten in die Ausbildung gehen können. Der Wehrdienst soll

etwa 6 Monate dauern. Er kann bis auf 23 Monate verlängert werden. Es gibt Weiterqualifizierungsmöglichkeiten. Möglicherweise werden viele oder wenigstens einige sich entscheiden, auch Berufssoldaten oder zumindest Zeitsoldaten zu werden. Die Reserve wird vergrößert und dient dann auch der Gesamtverteidigung.

Klar ist, dass das alles nicht von heute auf morgen gehen kann; denn die Bundeswehr ist ja tatsächlich kleiner geworden. Sie verfügt heute nicht mehr über die Kapazitäten in Sachen Ausbildung, Ausrüstung und Unterbringung, sodass man von heute auf morgen eine Wehrpflicht einführen könnte, wie sie hier mitunter auch geschildert wurde.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Ich danke unseren Soldatinnen und Soldaten für ihren Dienst an unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm, AfD-Fraktion, das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Rinderspacher, gerade von Ihnen als Vizepräsident erwarte ich doch, dass Sie die Kollegen korrekt zitieren. Die Rede ist von der sogenannten Totalverteidigung, Total Defence. Das ist ein ganz übliches und im Militärjargon gebräuchliches Wort. Niemand hat von totaler Verteidigung, jeder hat von Totalverteidigung gesprochen. Das möchte ich im Protokoll schon festhalten. Die Unterstellungen, die Sie hier anbringen, um uns sprachlich in eine Ecke zu rücken, aus der wir bestimmt nicht kommen, finde ich ziemlich unterirdisch für Ihr Amt.

(Beifall bei der AfD)

Markus Rinderspacher (SPD): Die totale Verteidigung ist trotzdem das falsche Konzept für die Bundesrepublik Deutschland. Ich habe es auch sehr eingehend begründet. Wir sind mittlerweile glücklicherweise dazu in der Lage, dass wir uns nicht allein verteidigen müssen. Das ist das Verteidigungskonzept von Finnland; das ist uns letzte Woche dargelegt worden. Die Bundesrepublik Deutschland steht zum Glück nicht allein da. Die NATO ist größer und größer geworden in den letzten knapp 35 Jahren, 14 Länder allein im Osten, 2 neue im Norden mit Finnland und Schweden. Militär funktioniert heute arbeitsteilig. Vor dem Hintergrund brauchen wir kein Konzept von totaler Verteidigung oder von Totalverteidigung oder wie auch immer Sie es gemeint oder auch verstanden haben. Das finnische Konzept ist keines für die Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER und CSU. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.